Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 206 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M. bei zweimaliger Zustellung 2.50 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonats angenommen.

Halle-Saale

Sonnabend, 1. Sept. 1928

Anzeigenpreis: Für die 1gespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 35 Pf., für Familienanzeigen 6 Pf., für die Rubrik „Kleine Anzeigen" jedes Wort 9 Pf., Ueberschriftzeile 10 Pf., die 4gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pf. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale). Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25609 u. 25610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 69 90. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes

Ein Schreiben an die Großmächte

Frankreich wünscht die Einberufung der Abrüstungskommission zum Dezember

(Telegraphische Meldung)

Genf, 31. August.

Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll der Präsident der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Loudon, an die Regierungen der Großmächte ein Schreiben gerichtet haben, in dem darauf hingewiesen wird, daß nunmehr nach der Unterzeichnung des Kelloggpaktes die Einberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission wünschenswert erscheine.

Auf französischer Seite wird gegenwärtig großer Wert auf einen baldigen Zusammentritt der Abrüstungskommission gelegt, da man hofft, auf der nächsten Tagung eine Einigung auf der Grundlage des englisch-französischen Flottenabkommens herbeiführen und damit eine Anerkennung des Übkommens durch die anderen Mächte erreichen zu können. Französischerseits denkt man an eine Einberufung der Abrüstungskommission zum Dezember. Auf englischer Seite will man dagegen offensichtlich die Einberufung der Abrüstungskommission von den Antworten der italienischen und der amerikanischen Regierung auf das ihnen übermittelte Flottenabkommen abhängig machen. Sollte das Abkommen in Washington oder Rom Ablehnung erfahren, so sieht man auf englischer Seite eine fruchtbare Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen als wenig aussichtsreich an.

In den Kreisen der Völkerbundsabgeordneten erwartet man jedoch, daß die grundsätzliche Frage der Weiterführung der Abrüstungsarbeiten in der dritten Kommission und sodann in der Vollversammlung eingehend besprochen werden wird und daß hierbei auch die Entscheidung über die Einberufung und das Arbeitsprogramm der Vorbereitenden Abrüstungskommission fällt. Die dritte Kommission wird sich weiter auch mit der Frage der Weiterführung der Arbeiten der Kommission zur Ausarbeitung eines Abkommens über die Kontrolle der Waffenherstellung befassen.

Die heutige Geheimsitzung des Völkerbundsrates in den Räumen des Generalsekretärs dauerte bis gegen 1 Uhr. Zur Beratung gelangte ausschließlich der Antwortentwurf auf die Note Kostarikas. Die Stellungnahme des Rates zu dem Antrag Kostarikas bereitet außerordentliche Schwierigkeiten, da die Meinungen auch innerhalb des Rates hierüber weit auseinandergehen. Ob der Antrag von Kostarika in der Vollversammlung zur Verhandlung gelangen wird, steht noch nicht fest. Man scheint jedoch im Rat alles Erdenkliche zu tun, um eine solche Aussprache in der Vollversammlung zu vermeiden, da man hieraus neue Schwierigkeiten gegenüber den Vereinigten Staaten befürchtet.

Was wir von Genf erwarten!

Eine Karte der Zonen des besetzten Gebietes. Die 2. Zone müßte vertragsmäßig nach zehnjähriger Besetzung, also im Jahre 1929, die 3. Zone nach fünfzehnjähriger Besetzung geräumt werden.

Unser Wille — unser Ziel!

Von **Paul Rüffer**, M. d. L., Geschäftsführer des Deutschnationalen Arbeiterbundes.

Es ist eine eigentümliche Erscheinung der Gegenwart: Es kriselt im politischen Leben überall. Die Sozialdemokratie erlebt soeben die Panzerkreuzer-Krise und die Deutschnationale Volkspartei befindet sich inmitten von Auseinandersetzungen tiefgreifender und grundsätzlicher Art. Die Hoffnung der Gegner wird sich allerdings nicht erfüllen. Eine Spekulation auf den Zerfall der Deutschnationalen Volkspartei wird sich als falsch erweisen. Dies wird zur Gewißheit, wenn aus der gegenwärtigen politischen Lage die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Sehe ich recht, dann liegen diese Schlußfolgerungen auf drei Gebieten: 1. auf dem Gebiete der Erhaltung der Einheit der Partei; 2. auf der Linie der Schaffung einer großen deutschen Rechten. 3. Das ist das Ideal der Zukunft — in dem Willen, ein Großdeutschland unter der Führung eines volkstümlichen Kaisertums zu schaffen.

Die Einheit der Partei muß das oberste Gesetz unseres Handelns sein. Gewiß besteht die Gefahr der Verknöcherung bei jeder Partei und bei jeder Organisation. Aber bei der Deutschnationalen Volkspartei ist die Gefahr der Erstarrung lange nicht so groß wie bei den reinen Klassenparteien, denn die volksmäßige Zusammensetzung der deutschnationalen Parteiorganisation mit ihren verschiedenartigen Bedürfnissen in religiöser, sozialer und nationaler Beziehung läßt überhaupt eine Erstarrung nicht zu. Vielleicht ist für die Deutschnationale Volkspartei eine andere Gefahr viel größer, nämlich die, daß aus der Fülle der Bedürfnisse die großen tragenden Ideen — die unter allem Wechsel der Taktik das einzig wertbeständige Gut sein müssen — vor den Anforderungen der Tagespolitik in den Hintergrund treten. Diese Gefahr scheint im Augenblick vorherrschend zu sein, denn wenn ich die Dinge recht sehe, scheinen Bestrebungen sich geltend zu machen, die Deutschnationale Volkspartei zu einer Partei des Gegenwartsstaates unter Preisgabe der zukunftsbildenden Programmpunkte zu machen. Das aber darf nicht geschehen, denn die Deutschnationale Volkspartei ist eine Organisation der neuen, großdeutschen, monarchischen Zukunft. Diese Zukunftspolitik darf natürlich nicht hindern, im Interesse des deutschen Volkes am Gegenwartsstaate mitzuarbeiten. Aber die Gegenwartsarbeit darf nicht zur Preisgabe der Zukunftsideale führen. Darum muß mit aller Entschiedenheit daran gearbeitet werden, daß die Richtung innerhalb der Partei, die ihre politische Tätigkeit auf die Gegenwart abstellen will, nicht zur alleinherrschenden wird, sondern daß das Primäre immer die Verwirklichung des Zukunftsideals bleiben muß.

Wenn die gegenwärtige Krisis zur inneren Einheit und Geschlossenheit der Partei führt, dann wird die Deutschnationale Volkspartei das Kernstück für die große deutsche Rechte werden. Die Voraussetzung für die Bildung einer großen Rechten — die wahrscheinlich nicht in der Form einer Einheitspartei kommen dürfte — ist aber die unbedingte Geschlossenheit und Einheit der Deutschnationale Volkspartei, denn nur die Einigkeit übt die suggestiven Kräfte auf die kleineren Richtungen aus, die nötig sind, um auf einer gemeinsamen Grundlage eine einheitliche Marschrichtung der rechtsgerichteten Parteien herzustellen. Die Deutschnationale Volkspartei darf nicht Wirtschaftspartei werden, sondern muß Weltanschauungspartei bleiben. Sie darf auch nicht die politische Taktik das vorherrschende Prinzip sein lassen, sondern der taktischen Politik des Tages muß das Grundsätzliche übergeordnet bleiben. Der Mißerfolg am 20. Mai wird hoffentlich der Wegweiser sein ins Land der zukünftigen Politik.

Die Zukunftspolitik der Deutschnationalen Volkspartei wird sich in viel stärkerem Maße als bisher im Sinne der Grundlinien auf die Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, auf die Abänderung des Dawesplanes und auf die Reform des Versailler Vertrages zu beziehen haben. Das sind die großen nationalen Gegenwartsaufgaben. Aus der Gegenwartsaufgabe erwächst ganz von

Auftakt zum „Normaljahr"

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. **Berlin**, 31. August.

Angesichts der Erreichung des sog. Normaljahres des Dawesplanes werden in politischen Kreisen die alten bekannten Forderungen wieder in verstärktem Maße erhoben, die man dahin zusammenfaßt, daß die deutsche Schuldknechtschaft beendigt werden muß. Dies darf jedoch nicht dadurch geschehen, daß man an Stelle der alten untragbaren Schuld unter anderem Namen eine neue, ebenso untragbare Schuld setzt, sondern dadurch, daß man die deutschen Leistungen der Möglichkeit der Aufbringung und Ueberweisung anpaßt. Selbst in linksstehenden, dem Dawesplan ergebenen Kreisen wird jedoch bezweifelt, daß der internationale Geldmarkt die festgesetzten Schuldsummen aufzunehmen vermag, und ob die Reparationsgläubiger sich in der nächsten Zeit in diesem Punkte werden einigen können.

Inzwischen wird natürlich, je näher das Ende der Konjunktur rückt, die Politik, die sich darüber hinwegtäuscht, daß der Dawesplan nicht funktioniert und die trotz allem im Namen dieses selben Planes Zahlungen leistet, immer gefährlicher. Es wäre füglich eine der ersten Aufgaben deutscher Politik, auf eine ernsthafte Prüfung zu dringen, ob es nicht an der Zeit wäre, eine Revision herbeizuführen, die durch die offene Erklärung eingeleitet werden müßte, daß der Dawesplan kein Instrument ist, nach dem sich die Leistungsfähigkeit Deutschlands im Sinne der „Sachverständigen" selbst bemessen ließe.

Schon der Reichskanzler müßte auf den Dawesplan hinweisen, falls er den von vielen Seiten geforderten Schritt gegen die Werkspionage in Genf unternimmt — was nach Lage der Dinge allerdings auch noch nicht feststeht. Weiter gehören die im Gegensatz zu den von Deutschland so bereitwillig durchgeführten Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz, die das Ausland nach wie vor mißachtet, in diesen Rahmen, und schließlich — aber nicht zuletzt — die fluchwürdige Besetzung deutschen Bodens durch fremde Truppen. Der Eintritt in das erste „Normaljahr" sollte, müßte der Auftakt zu einer deutschen Revisionspolitik sein!

— —

Die Verfassungsänderung vor der albanischen Nationalversammlung

(Telegraphische Meldung.)

Tirana, 31. August.

In der dritten Sitzung der Nationalversammlung wurde, wie das albanische Pressebüro mitteilt, die Frage der Verfassungsänderung beraten. Mehrere Redner betonten die Notwendigkeit dieser Aenderung und erklärten, daß sie Wortführer des Volkswillens seien, wenn sie die Monarchie proklamierten und Skanderbeg, den Erreiter der Nation, auf den Thron erhöben. Die Reden wurden mit Begeisterung aufgenommen. Es wurde ein Ausschuß für die Verfassungsänderung eingesetzt, der am Sonnabend Bericht erstatten soll.

Nach einer weiteren Meldung wiederholten sich auch am Donnerstag die Kundgebungen für Achmed Zogu in den Straßen Tiranas. Die Menge zog vor das Palais des Präsidenten sowie alle öffentlichen Gebäude und verlangte die Ausrufung Achmed Zogus zum König. Eine Abordnung der albanischen Frauen und der albanischen Jugend wurde vom Präsidenten empfangen. Die ganze Stadt war illuminiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192809011-19/fragment/page=0001

selbst die große Zukunftsmission: die Befreiung des deutschen Volkes von fremder Zwangsherrschaft und die Forderung, nur vom deutschen Gesichtspunkte aus bestimmte auswärtige Politik zu treiben, denn ein nur fest geeintes Reich ist die Grundlage deutscher Größe. Dieses Deutsche Reich der Zukunft, in dem alle deutschen Stämme wieder vereint sein werden, wird gekrönt werden von der glänzenden Kuppel der Kaiserkrone. Die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten Kaisertums ist deshalb das Ideal, das unserm politischen Handeln voranschweben muß.

Eine so geartete Partei wird immer die Kraft in sich tragen, die zerstörenden Elemente zu überwinden und der Führer des deutschen Volkes in eine bessere deutsche Zukunft zu werden.

Ein Schlag gegen Sparer und Kapitalbildung

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. **Berlin, 31. August.**

Angesichts **der Vorbereitungen für die Einführung einer Reichsvermögenszuwachssteuer für den 1. Januar 1929 ist bereits in weiten Kreisen der Wirtschaft große Unruhe entstanden. Allgemein herrscht die Meinung vor, daß es für die gesamte deutsche Wirtschaft unerträglich wäre, wenn bei der Regierungsbildung im Herbste die Reichsvermögenszuwachssteuer seitens der bürgerlichen Parteien im Wege des Kompromisses der Sozialdemokratie überlassen würde.**

Um Mißverständnisse zu vermeiden, muß erwähnt werden, daß die Reichsvermögenszuwachssteuer zwar schon ziemlich lange existiert, praktisch aber noch niemals in Kraft war. Im Jahre 1925 ist diese Steuer von dem damaligen Reichsfinanzminister von Schlieben abgelehnt worden mit der natürlichen Begründung, daß es für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft wesentliche Voraussetzung sei, die Bildung von Kapital zu ermöglichen. Da die fragliche Steuer gegen den Vermögenszuwachs gerichtet ist und eine wesentlichen Teil desselben wegsteuert, wird zudem auch der schon in der Inflation stark geschwächte Trieb zum Sparen abermals zurückgedrängt. Weiterhin wird durch diese Vermögensverminderung der Inlandskredit geschwächt, eine Maßnahme, die privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich völlig unverständlich wirkt. Als vermögensfeindliche Besitzsteuer ist auch die geplante Erhöhung der Biersteuer anzusehen.

Inzwischen arbeitet die Sozialdemokratie auf eine „Beseitigung der Mängel im Arbeitslosenschutz" hin. Man beruft sich dabei auf die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und setzt so die berüchtigte Schraube ohne Ende in Bewegung, indem durch eine Verstärkung des falschverstandenen Arbeitslosenschutzes die Arbeitslosigkeit selbst bekanntlich erhöht, und so wiederum, wie im vorliegenden Falle, als „Begründung" für weitere soziale Belastungen der Wirtschaft genommen wird.

Die Eröffnung der fünften großen deutschen Funkausstellung

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 31. August.

In der neuen Autohalle am Kaiserdamm wurde heute in Gegenwart zahlreicher hervorragender Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der deutschen Wirtschaft und der deutschen Funkindustrie die fünfte große deutsche Funkausstellung feierlich eröffnet. Nach musikalischen Darbietungen ergriff Reichspostminister Dr. Schätzel das Wort, der auf die außergewöhnlich erfolgreiche Entwicklung hinwies, die der deutsche Rundfunk in den letzten fünf Jahren genommen habe. Im Namen der Stadt Berlin begrüßte Bürgermeister Scholz die Erschienenen und dankte der Reichspost, der Reichsrundfunkgesellschaft und der Berliner Funkstunde sowie der Geschäftsführung des Verbandes der Funkindustrie für ihre gemeinsame Arbeit mit dem Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt. Darauf sprach der Geschäftsführer des Verbandes der Funkindustrie, e. V., Dr. Erwin Michel, über die Entwicklung der deutschen Funkindustrie. Nach weiteren musikalischen Darbietungen gelangte der Tri-Ergon-Tonbild-Film der Reichsrundfunkgesellschaft zur Vorführung.

Die Tragödie des Hauses Stinnes

Weitere Vernehmung des Verhafteten — Privatsekretär von Waldow wieder frei

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. **Berlin, 31. August.**

Der Prozeß gegen Hugo Stinnes erregt in allen Kreisen der Wirtschaft und der Politik das allergrößte Aufsehen. Dort, wo man eine objektive Meinung äußert und wo man die Persönlichkeit des heute unter schwerer Beschuldigung verhafteten Sohnes von Hugo Stinnes kennt, spricht man rückhaltlos die Hoffnung aus, daß die Beschuldigungen trotz der schweren Verdachtsgründe, die unzweifelhaft vorliegen, sich als grundlos erweisen mögen.

Die Vernehmungen nahmen heute in Moabit ihren Fortgang. Sie erstrecken sich vor allem auf die Pariser und rumänischen Beziehungen, durch die Stinnes mit den ausländischen Kriegsanleiheschiebern in die Affäre verwickelt worden ist. Die Verteidigung stellt sich auf den Standpunkt, daß die Verhaftung von Stinnes nur erfolgt sei, weil man bereits andere Angeschuldigte in dieser Angelegenheit in Haft genommen habe und vor der Oeffentlichkeit nicht den Eindruck habe erwecken wollen, als ob man gegen Stinnes schonend vorgehe. Wenn auch bisher ein Haftentlassungsantrag noch nicht gestellt worden ist, so haben doch die Verteidiger im Laufe des Vormittags bereits mit dem Untersuchungsrichter und dem Leiter des Sonderdezernats, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner, Fühlung zu nehmen versucht, um in Erfahrung zu bringen, welche Vorwürfe im einzelnen gegen ihren Mandaten vorliegen. Der ebenfalls verhaftete ehemalige Privatsekretär Hugo Stinnes', von Waldow, wurde heute ohne Kaution aus der Haft entlassen. Der Haftbefehl gegen Waldow bleibt jedoch bestehen; ferner hat er sich verpflichten müssen, sich in bestimmten Abständen zu melden. Hugo Stinnes bleibt nach wie vor in Haft.

*

Das Schicksal der Kinder Hugo Stinnes' ist eine Tragödie. Mit dem Tode dieses großen Mannes, in dem Deutschland seinen aufbauendsten Wirtschaftsführer verlor, brach auch die Organisation des gewaltigen Unternehmens zusammen, das in wenigen Jahren aufgebaut worden war und das mit dem Eintritt der Stabilisierung erst hätte gefestigt und gesichert werden müssen, wenn es Bestand haben sollte. Dieser gewaltigen Aufgabe wäre nur Hugo Stinnes selbst gewachsen gewesen.

Seine beiden Söhne, Hugo und Edmund, hatten weder den schöpferischen Geist des Vaters, noch die Leistungsautorität, noch den notwendigen Ueberblick über alle Verzweigungen und Verästelungen. Als besonderes Unglück trat hinzu, daß sie sich nicht auf einer gemeinsamen Linie finden konnten und daß sie sogar in einen vor der breitesten Oeffentlichkeit geführten Erbschaftsstreit gerieten. Freunde des Vaters sprangen bei, aber ihre Hilfe kam zu spät und oft genug wurde auch ihr Rat gerade von Hugo Stinnes brüsk abgelehnt. Dem Beispiel des Vaters wollte der Sohn folgen, indem er eine Spekulation auf die andere türmte, um durch deren Gewinnst die finanzielle Basis für ein weiteres Gedeihen des Unternehmens wieder zu schaffen. Aber die Zeit der großen Spekulationen war vorbei. Mehr und mehr geriet Hugo Stinnes in Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital, das ihn und seine Unternehmungen mit einer Zinsenlast drückte, die der Vater niemals aufgenommen hätte.

Wieweit in der Familie Stinnes, insbesondere auch von der Mutter, vielfach angedeutete Befürchtungen, daß nicht in allen Fällen gerade von Persönlichkeiten, die dem Vater ehemals nahestanden, freundschaftlich loyal verfahren worden sei, den Tatsachen entsprechen, entzieht sich selbstverständlich der Nachprüfung. Man darf, wenn man sich diese Tragödie einer Familie vor Augen hält, nicht vergessen, daß die deutsche Wirtschaft überhaupt eigentlich erst um den Zeitpunkt, da ihr Persönlichkeiten wie Hugo Stinnes sen. und Helfferich verloren gingen, in den eigentlichen Niedergang hereingeriet, daß sie seitdem aus einem lebendigen Subjekt der Volkswirtschaft mehr und mehr zu einem Ausbeutungsobjekt des Versorgungsstaates geworden ist und daß sie auch heute, wo Optimisten geneigt sind, von einer eingetretenen Stabilisierung zu sprechen, immer noch mehr vom Alten zehrt und verzehrt, als daß es ihr gelingt, Neues zu schaffen.

Gleiwitzer Reichsbanner gegen Breslauer Reichsbanner

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 31. August.

Wie aus Breslau gemeldet wird, hat der Gauvorstand des oberschlesischen Reichsbanners folgende Erklärung erlassen:

„Der Gauvorstand hat in seiner in Gleiwitz mit sämtlichen Funktionären abgehaltenen Konferenz einmütig beschlossen, an den Empfangsfeierlichkeiten anläßlich des Besuches des Reichspräsidenten in Oberschlesien teilzunehmen."

Wie im übrigen Hindenburg die Breslauer Sozialdemokraten beschämt, kann man daraus ersehen, daß der Reichspräsident dem Oberpräsidium in Breslau den Wunsch übermittelt hat, daß bei dem Empfang anläßlich seiner Schlesienreise angesichts der Notlage Schlesiens in den einzelnen Städten keinerlei besondere finanzielle Aufwendungen gemacht werden sollen. Insbesondere gelte das für das notleidende Waldenburg. Wenn hier, so teilte der Reichspräsident mit, etwa schon Mittel für die Empfangsfeierlichkeiten bewilligt worden seien, so sollen diese für soziale Zwecke verwendet werden. Die hiermit zum Ausdruck kommende hochherzige Gesinnung Hindenburgs müßte eigentlich bei den Breslauer Sozialdemokraten, die dem Reichspräsidenten gegenüber bei seinem Besuch selbst die einfachsten Gebote der Höflichkeit außer acht lassen wollen, ein Gefühl tiefer Beschämung hervorrufen.

Amanullah europäisiert sein Land

Konstantinopel, 31. August.

Aus Kabul wird gemeldet, daß die afghanische Regierung die Tirga, die afghanische Volksversammlung, hat einberufen lassen, die sich aus Vertretern aller afghanischen Stämme zusammensetzt. Die Einberufung der Volksversammlung erfolgt nur in Ausnahmefällen, wenn die Regierung den Stämmen etwas außergewöhnlich Wichtiges zu sagen hat. Im Namen der Regierung sprach auf dieser Versammlung König Amanullah, welcher die Mitteilung von der Absicht der Regierung machte, in Afghanistan die Volksvertretung in Form eines Parlamentes einzuführen. Es wird der Versammlung überlassen, über den Vorschlag der Regierung zu entscheiden. In Kabuler Regierungskreisen rechnet man damit, daß der König seinen Willen durchsetzen werde.

Verhaftung russischer Arbeiter in Finnland

(Telegraphische Meldung.)

Kowno, 31. August.

Nach Meldungen aus Moskau ist dort eine Nachricht aus Helsingfors eingetroffen, nach der 35 russische Arbeiter, die sich auf einem Ausflug in Segelyachten über den Finnischen Meerbusen befanden, in Finnland verhaftet worden seien. Sofort nach dem Eintreffen der Nachricht wurde die Gesandtschaft in Helsingfors ersucht, Schritte zur Freilassung der Verhafteten zu unternehmen. Es wird damit gerechnet, daß die verhafteten russischen Arbeiter ohne weiteres entlassen werden.

Druck und Verlag von **Otto Thiele.**
Redaktionelle Leitung: **Harry Erwin Weinschenk.**
Verantwortlich für Politik: I. V.: G. A. Doering; für Lokales, Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinschenk; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Leonhard Fritsching; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Doering; für den Provinzteil: Dr. phil. Rudolf Schroth. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kames.

Feuilleton

Halle, 1. September.

„Die kleine Sklavin"

C. T. Am Riebeckplatz.

Irgendwo in der Großstadt, im Armenviertel in einer der hunderte Mietskasernen verlebte sie ihre Jugend, die stille, rührend zarte Lilli. Viel arbeiten muß sie tagein, tagaus, vom frühen Morgen bis in die späte Nacht — sie ist ja nur „Pflege"-Kind eines kleinen Schreibers, dessen „bessere" Hälfte eine gewesene „Artistin" darstellt. Man nutzt das junge Ding aus, holt aus ihr heraus, was sich nur irgend herausholen läßt, und als das Kind sich zu einer seltsamen zarten Mädchenschönheit entwickelt, hat man noch andere schlimmere Pläne mit ihr vor: Schönheit läßt sich verkaufen!

Einen einzigen Lichtblick gibt es in diesem trostlosen Leben für die kleine Lilli. Da ist der „möblierte Herr", ein junger, netter Student, dem das arme Ding leid tut. Zu ihm kann man flüchten, wenn es schier unerträglich wurde, ihm kann man klagen, und immer hat er ein gutes Wort übrig. Er ist es, der der geschäftstüchtigen Pflegemutter den Herren zeigt, als diese mit ihrem Freunde, dem Artisten-Franz, das lange geplante Geschäft ausführen will, Lilli zu verkaufen — in eine Tanzgruppe. (Was man so „Tanzgruppe" nennt!)

Und dann taucht noch ein anderer auf, ein Amerikaner, und nimmt die kleine Lilli mit sich. Bald ahnt sie es, daß es ihr Vater ist. Er nimmt sie in sein Haus; wie im Märchen ist es: ein eigenes Zimmer, schöne Kleider, kurz, alles ist da, was das Herz sich nur wünschen kann. Wie ein ganz-ganz kleines Kind spielt und tollt Lilli in ihrem neuen Reiche. Wenn nur der Vater gewagt hätte, seiner Frau zu beichten, was es mit diesem so plötzlich in das Haus geschneiten Mädel auf sich hat. So sieht die Gattin nur die Vertraulichkeit zwischen dem Manne und dem Gaste, und was Wunder, daß Eifersucht sie packt. Als Lilli das verspürt, verläßt sie das Haus des Vaters und kehrt zu den Pflegeeltern zurück, geht aus freiem Willen wieder hinein in das alte Elend.

Die Pflegemutter weiß jetzt, was sie zu tun hat, rasch wird der schon einmal verpfuschte Schacher vollendet. Um Geld verkauft sie das Kind an eine wandernde Artistentruppe. Und nun scheint es wirklich, als ob die „kleine Sklavin" untergehen solle in Flitter und Schminke und Schmutz, als ob ihre Jungmädchenschönheit enden solle unter dem gierigen Griff roher Männerfäuste. Das Schicksal will es anders: Im dunkelsten Hafenviertel von Marseilles kommen gerade im letzten Augenblick der Vater und der junge Student, um sie vor der Reise nach Argentinien in „Kunstangelegenheiten" zu bewahren. Es wird eine frohe Heimreise, als nun Lilli mit dem treuen Vater und dem — lieben Studenten nach Hause fährt.

Grete Mosheim gibt die „kleine Sklavin", unaufdringlich und rührend. Und der Künstlerstab, den man um sie herumgruppierte, ist ihr gleichwertig. Namen wie Fred Lerch, Gina Manès, Huis Ralph, Walter Janßon und Trude Hesterberg bürgen dafür. Im übrigen ist das arme Leuteviertel-Milieu ebenso vorzüglich herausgearbeitet wie das Leben bei der Artistenschmiere.

Der Träger des Goethepreises

Ueber Dr. Albert Schweitzer, den Träger des diesjährigen Goethepreises, gehen uns aus dem Leserkreise folgende Ausführungen zu: Albert Schweitzer wurde 1875 (nicht 1878) in dem oberelsässischen Städtchen Kaysersberg (nicht Kaiserswerth am Niederrhein) als Sohn eines Pfarrers geboren,

wie er selbst in dem köstlichen Erinnerungsbüchlein „Aus meiner Kindheit und Jugendzeit" (63 S bei C. H. Beck-München) erzählt. Er widmete sich dem Studium der Theologie, Philosophie und Musik, wurde Dozent an der Universität Straßburg, trat mit mehreren bedeutungsvollen theologischen und philosophischen Werken an die Oeffentlichkeit und ist weiteren Kreisen zugleich als einer der besten Bach-Kenner bekannt. Sein „Joh. Seb. Bach" sowie seine kritische Ausgabe von „Bach's Präludien und Fugen für Orgel" sind in drei Weltsprachen (deutsch, französisch, englisch) erschienen. Er ist ja selbst ein berühmter Meister des Orgelspieles und noch bei seiner jüngsten Anwesenheit in Europa öffentlich (zur Beschaffung von Mitteln für seine jetzige Tätigkeit in Afrika) aufgetreten. Denn dieser hochbegabte Dr. phil. und Dr. theol., der zugleich die großen Fragen des realen Lebens mit vollem Verständnis umfaßt, vertauschte im 30. Lebensjahre Wissenschaft und Kunst mit dem Studium der Medizin, um „einen Weg des unmittelbaren Dienens als Mensch" zu betreten. Im Frühjahr 1913 ging er als Dr. med. mit seiner Frau, die die Krankenpflege erlernt hatte, nach Aequatorialafrika, um dort 4½ Jahre als selbständiger Arzt und Missionar tätig zu sein. Die Mittel dazu hatte er sich zum großen Teile (durch seine schriftstellerische und musikalische Arbeit) selbst beschafft. Nach dem Kriege hat er alsbald mit brennendem Herzen diese Tätigkeit von neuem aufgenommen, sie nur zwecks der unumgänglich nötigen eigenen Erholung unterbrechend. Sein Bericht „Zwischen Wasser und Urwald. Erlebnisse und Beobachtungen eines Arztes im Urwald Aequatorialafrikas" (Paul Haupt, Bern, 1923) ist in 7 Sprachen erschienen und gehört nebst den zwei Jahre später veröffentlichten „Mitteilungen aus Lambarene" zu den schönsten und ergreifendsten Büchern seiner Art. — Der Goethepreis wurde mit Recht dem Manne verliehen, in dem umfassendes Wissen und wahre Kunst mit edelstem Menschen- und Christentum verbunden sind, der alles und sich selbst für seine Mitmenschen einsetzt!

Dr. E. L.

Franz von Stuck †

Donnerstagnacht ist der bekannte Maler und Bildhauer Geheimrat Franz Ritter v. Stuck im Alter von 65 Jahren in München einem Herzschlag erlegen. Stuck wurde 1863 in Tettweiß (Niederbayern) geboren und besuchte 1882—1884 die Münchener Akademie der bildenden Künste, an der er zuletzt als Professor wirkte. Seine vielseitige Kunst trug ihm reiche Ehren ein. Er wurde im Jahre 1905 geadelt und war Mitglied vieler Akademien des In- und Auslandes. Durch seinen Tod erleidet München und die gesamte Kunst einen schweren Verlust.

Hofer-Geburtstags-Ausstellung in Mannheim. Am 11. September feiert der aus Karlsruhe gebürtige Maler Prof. Karl Hofer seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Städtische Kunsthalle in Mannheim eine große Ausstellung des Gesamtwerkes von Hofer. Etwa 150 Gemälde aus Museen, privatem und Hofers eigenem Besitz sind zusammengebracht worden. Zahlreiche Zeichnungen und ausgewählte graphische Arbeiten aus dem reichen Oeuvre des Künstlers ergänzen diese Schau, die einen guten Ueberblick über das Schaffen eines der führenden deutschen Meister gibt. Die Ausstellung wird am 9. September eröffnet und dauert bis zum 15. Oktober. Ein illustrierter Katalog wird erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192809011-19/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 1. September.

Heute abend leuchten 10 000 Laternen auf der Saale

Gute Plätze auf der Peißnitzspitze.

Die Vorbereitungen zum Laternenfest auf der Saale sind nun vollkommen abgeschlossen. Die Beleuchtungsanlage der Burg Giebichenstein ist in aller Stille bereits ausprobiert worden. Außerdem warten 10 000 Laternen auf die Verteilung an das Publikum. Zur Auffahrt sind zahlreiche Boote gemeldet, deren Auffahrt in einem Zuge von der Peißnitzbrücke aus erfolgen wird.

Programmbücher sind für 10 Pf. im Verkehrsbüro „Roter Turm" und in allen Geschäften zu haben, die durch Schaufensterausschmückung auf das Laternenfest besonders hingewiesen haben. Jeder Käufer ist berechtigt, sich an dem Preisrätsel zu beteiligen, und hat damit Anwartschaft auf einen Barpreis in Höhe von 100 Mark.

Entgegen der ursprünglich geäußerten Absicht ist der Uferstreifen an der Giebichensteiner Straße nicht gesperrt worden. Reservierte Plätze stehen aber auf der Spitze der Peißnitzinsel, auf dem Uferstreifen neben der Talstraße und neben dem Bismarckdenkmal zur Verfügung. Von allen diesen Plätzen läßt sich sowohl das Feuerwerk wie auch die Burgbeleuchtung und der Korso gut übersehen. Numerierte Sitzplätze an diesen Stellen kosten in der 1. Reihe 2 Mark, in der 2. Reihe 1 Mark und Stehplätze 50 Pfennig. Die Karten sind im Vorverkauf im Verkehrsbüro „Roter Turm" zu haben. Es empfiehlt sich dringend, Plätze schon jetzt zu sichern, weil der Andrang am Abend sehr stark werden wird.

Graf Luckner bei der Stahlhelm-Feier

Heute abend auf in die Saalschloßbrauerei!

Wie uns die Pressestelle des „Stahlhelm" mitteilt, wird an der großen Tannenberg- und Gründungsfeier des „Stahlhelm" am heutigen Sonnabend, abends um 8.15 Uhr, in der „Saalschloßbrauerei" auch Graf Luckner teilnehmen. Es empfiehlt sich für alle diejenigen, die an der Feier teilnehmen wollen, sich schon jetzt im Vorverkauf mit Festfolgen zu versehen, weil in Frage steht, ob noch jemandem infolge Ueberfüllung Einlaß gewährt werden kann.

Es gilt nicht nur, den Tag von Tannenberg und den Gründungstag des „Stahlhelm" und „Jungstahlhelm" zu begehen, sondern der Abend dient auch der Unterstützung des großen Werkes der Stahlhelm-Siedlung an der Heide. Jeder also, der an der Feier am Sonnabend teilnimmt, hilft mit an der sozialen Großtat des „Stahlhelm", hilft einen Baustein schaffen, daß im kommenden Jahre in der Stahlhelm-Siedlung die Häuser aus dem Boden wachsen können. Der gesamte Reinertrag des Abends fließt in die Siedlungs-Kasse. Mag das Wetter am Sonnabend sein, wie es will, die Feier wird bestimmt durchgeführt, bei schlechtem Wetter im Saale. Hoffentlich nimmt die Bevölkerung an der Feier recht zahlreich teil, und beweist so dem „Bund der Frontsoldaten" ihre Sympathie.

Zur näheren Orientierung wird uns noch mitgeteilt, daß die erste Mitgliederversammlung des Stahlhelm am 14. August 1919 stattgefunden hat. Am 30. September desselben Jahres wurden dann die Satzungen der Ortsgruppe von der Mitgliederversammlung genehmigt. Am 15. Januar 1920 sprach in der ersten außerordentlichen Hauptversammlung der jetzige 2. Bundesführer Oberstleutnant Duesterberg über „den Zusammenbruch der Armee". Mit diesem Vortrag trat der „Stahlhelm"" überhaupt zum ersten Male auf. Heute ist er der Führer der gesamten Stahlhelmbewegung. Von den Gründern sind jetzt noch an hervorragenden Stellen im Stahlhelm tätig die Frontsoldatenführer Dennhardt, Scheurich, Halbig, Sennock, Reichardt und Benemann. Diese alten, unentwegten Gründer und die Führer in Notzeiten gilt es am kommenden Sonnabend zu ehren.

Sängerfahrt und Anschlußgedanke

Schriftsteller Diete spricht bei den Deutschnationalen.

Unter Leitung von Oberpostdirektor Hoechstetter versammelte sich nach der Sommerpause die Gruppe Nord-West der „Deutschnationalen Volkspartei" in Cröllwitz bei Kramer. Der Saal war vollbesetzt. Nach der Begrüßung unternahm der Gruppenleiter einen Streifzug durch die außen- und innenpolitische Lage; denn alle Mitglieder wollten sich über die Lage orientieren. Der Panzerkreuzerskandal, die Unterzeichnung des Kelloggpaktes, Stresemanns Versagen in der Außenpolitik und die Besatzungspolitik Frankreichs wurden kritisch beleuchtet. Die „Deutschnationale Volkspartei", das zeigen die Geschehnisse in der Politik Stresemanns, hat mit ihren Voraussagen recht behalten. Vorwärts kommen wir im Vaterlande nur, wenn sich eine große Rechte bildet als Partei der Zukunft. Und der Kern dieser Zukunftspartei wird die „Deutschnationale Volkspartei" sein.

Den Hauptvortrag des Abends hielt dann Schriftsteller Diete. Er sprach in fesselnder Weise über den Anschlußgedanken, indem er farbenreiche Erinnerungsbilder seiner Reise mit dem Sängerbund nach Wien entrollte. Der Deutsche, meinte er, lebe heute in Vereinen. Von ihm würde das Einzelwohl, das Vereinswohl über das Wohl des Vaterlandes gestellt. So war es auch beim Festzug in Wien: den eigentlichen Grundgedanken des Sängerfestes vergaß man. Da wurde gerufen: „Heil Wien", „Heil Tirol", „Heil Berlin" oder „Heil Rheinland", aber niemand rief: „Heil Großdeutschland!" Der Deutsche sei einmal unpolitisch und verstehe seine Stärke nicht auszunutzen. Zum erstenmal wurde zum Sängerfest im Rathaus zu Wien, dem roten Wien, das Deutschlandlied gesungen; sitzen blieb dabei nur der — Oberbürgermeister Seitz. Wir müssen arbeiten, besonders an der Jugend, um zum Großdeutschland mit einem Kaiser an der Spitze zu kommen.

Vor Schluß der Versammlung bat der Geschäftsführer um rege Mitarbeit in der Partei und ständigen Besuch der Zusammenkünfte. Die nächste Versammlung findet Ende September statt.

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „Schinderhannes" (8).
Walhalla: „Max und Moritz" (8).
C. T. Am Riebeckplatz: „Die kleine Sklavin" (4, 6.10, 8.15).
C. T. Gr. Ulrichstraße: „Im Taumel von Paris" — „Samba" (4, 6.10, 8.15).
Ufa Alte Promenade: „Zuflucht" (4, 6.15, 8.20).
Ufa Leipziger Straße: „Arizona-Tiger" (4, 6.15, 8.20).
Schauburg: „Eva in Seide" (4.30, 6.30, 8.30).
Modernes Theater: Der neue Spielplan (8).
Rakete: Das erfolgreiche Varieteeprogramm (8).
Kochs Künstlerspiele: Das große September-Programm (8).

Die „Nebengeschäfte" des Bahnschaffners

Er veruntreute Gelder und täuschte dann Ueberfall, Einbruch und Autounfall vor, um sich herauszulügen

Drei Monate Gefängnis als Strafe

Der 47jährige M. aus Schlettau ist seit 32 Jahren als Schaffner im Eisenbahndienste beschäftigt. Trotzdem er den ganzen Tag zu tun hatte, übernahm er doch mehrere Nebenämter. Unter anderem bewarb er sich um die Stelle eines Steuererhebers; die Arbeiten konnte er aber nur in den Abendstunden ausführen.

Bis zum Jahre 1924 sind nach den aufgenommenen, von M. selbst beantragten Protokollen keine Defekte vorgefunden. Doch sind die vom Gemeindevorsteher angestellten Revisionen nur oberflächlich gewesen; er hat sich anscheinend von M. beschwatzen lassen und vor allem sich nicht erkundigt, ob die buchmäßig aufgeführten Gelder wirklich vorhanden seien. Dazu kam, daß die Kreiskasse ihre Abrechnungen nicht wie jetzt jeden Monat an die Gemeinde schickte, sondern in beliebigen größeren Zeiträumen.

Das ging so weiter bis zum Frühjahr 1926. Da lief plötzlich ein Schreiben von der staatlichen Kreiskasse ein, die Gemeinde solle ein Manko bezahlen. Es handelte sich um 2900 Mark. Später kam dann noch eine Nachforderung von 3200 Mark. Nun trat eines Abends M. an den Gemeindevorsteher heran und erzählte, er sei mit einem Dolch gestochen; doch konnte er den Täter nicht bezeichnen. Am nächsten Tage erstattete M. schon wieder Anzeige wegen eines bei ihm ausgeführten Einbruchs; dabei sollten ihm Blätter des Postscheckamtes abhanden gekommen sein. Als der Gemeindevorsteher M. drängte, die Gelder an die Kreiskasse abzuführen, behauptete dieser, von einem Auto überfahren zu sein, wobei ihm das Geld abhanden gekommen wäre.

Bald genug stellten sich all diese Angaben als

Täuschungsversuche

heraus. M. bat jetzt den Gemeindevorsteher, die fehlenden Gelder aus der Gemeindekasse vorzustrecken. Er habe das Geld auf seinem Postscheckkonto. Sobald auch dies sich als unwahr herausstellte, wurde auf Veranlassung der Kreiskasse eine Hypothek auf das Häuschen des M. in Höhe des Fehlbetrages aufgenommen. Zwar suchte M. die Eintragung rückgängig zu machen, wurde aber mit seinem Protest abgewiesen.

M. macht einen kränklichen Eindruck. „Wie konnte er nur in diesem körperlichen Zustande das Amt als Steuererheber übernehmen?" fragte der Vorsitzende immer wieder. Es war wohl krankhafter Ehrgeiz; M. nahm sich mehr vor, als er leisten konnte. Schließlich sind ihm die Verhältnisse dann über den Kopf gewachsen. Er wurde nervös, so daß auch sein Bahnhofsvorsteher ein Nachlassen im Dienste feststellte.

Ueber seinen Charakter verlautete nur Gutes:

„Ich habe es ihm nicht zugetraut," versicherte der Gemeindevorsteher. Auch übermäßiger Aufwand wurde ihm von keiner Seite vorgeworfen.

Einige Klarheit, wie es zu den Fehlbeträgen kommen konnte, schafften die Gutachten der Sachverständigen. Der Kreiskassenrevisor führte aus: „Die Kassenbücher sind nach einem eigenen System des M. geführt. Damals gab es noch keine bestimmten Vorschriften. Ich habe ein halbes Jahr gebraucht, um mich zurechtzufinden. Eine klare Uebersicht war einfach nicht möglich." Nach Prüfung aller Bücher stellte schließlich der Sachverständige ein Manko in Höhe der Hypothek fest; rund 6000 Mark. Er mußte aber auch zugeben, daß die Revisionen völlig wertlos waren und durchaus nicht die Richtigkeit der Rechnungsführung des M. verbürgten. „Doch liegt keine Veranlassung vor zu der Annahme, daß Buchungen vorgenommen sind, um etwas zu verschleiern!", schloß der Sachverständige.

Die Mankosumme, die der zweite Sachverständige feststellte, beläuft sich merkwürdigerweise da nur auf 1900 Mark. Aber er betonte, daß aus der Eintragung in die Bücher hervorgehe: M. habe über die Gelder sich bereits festgelegt, ehe er sie wirklich hatte. Es ist also nicht nachgewiesen, ob er die Beträge wirklich eingenommen hat. Dazu kommt noch, daß er Papiergeld erhalten hat, während die Kassen

das Papiergeld abgewiesen

und nach Goldwährung abgerechnet haben. So konnte leicht ein Loch entstehen, das M. dann zu anderer Zeit wieder zuzustopfen suchte.

Der Staatsanwalt nahm jedoch eine Unterschlagung für vorliegend an. Er sprach überdies dem M. als Steuererheber den Charakter eines Gemeindebeamten zu, trotzdem damals — 1926 — eine Bestätigung seitens der vorgesetzten Behörden nicht stattfand, sondern erst nach Aufdeckung dieser Unregelmäßigkeiten durchgeführt wurde. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Staatsanwaltes, verurteilte M. aber nur zu 3 Monaten Gefängnis.

Beginn der Kreuzer Tage

Höhepunkte der pferdesportlichen Veranstaltungen in Halle

Am heutigen Sonnabend, bereits in aller Frühe, beginnt im Landgestüt Kreuz das große Reit- und Fahrturnier, das ohne Frage den Höhepunkt der pferdesportlichen Veranstaltungen der Stadt Halle und darüber hinaus der Provinz Sachsen bedeutet. Die Abhaltung von Turnieren ist in der heutigen Zeit mit ungeheueren Unkosten verbunden und deshalb muß man es umso höher anerkennen, daß sich das Landgestüt Kreuz entschlossen hatte, in diesem Jahre ebenfalls ein Reit- und Fahrturnier, das selbstverständlich mit einer Hengstschau verbunden wird, stattfinden zu lassen. Und das Landgestüt hatte dabei eine glückliche Hand, sind doch

über 450 Nennungen

abgegeben worden. Durch diese hohe Nennungszahl bekunden die Turnierreiter- und Reiterinnen, welche hohe Bedeutung auch sie dieser Veranstaltung des Landgestütes beimessen. Aber nicht allein dies ist das Erfreuliche. Das Wichtigste und Wertvollste ist, daß sich das diesjährige Reit- und Fahrturnier in Kreuz mit in die vorderste Reihe aller pferdesportlichen Veranstaltungen des Reiches gestellt hat. Aus diesem Grunde ist auch zu begrüßen, daß diese Veranstaltung bei dem Publikum sowohl in Halle selbst wie auch in der Umgebung einen guten Anklang gefunden hat. Beweis hierfür ist, daß fast sämtliche Plätze bis auf wenige verkauft sind, ein Ergebnis, wie es schöner nicht sein kann.

Wie bereits in unserem ersten Artikel erwähnt, erlangt das Reit- und Fahrturnier in Kreuz besondere Bedeutung durch die Teilnahme des Olympiade-Siegers „Draufgänger", der unter Freiherrn von Langen, dem besten Turnierreiter Deutschlands, in Amsterdam die Goldene Medaille für die deutschen Farben erringen konnte. Der Olympiadesieger wird in den Kreuzer Konkurrenzen in Wettbewerb treten mit vielen guten Dressurpferden aus ganz Deutschland, wie z. B. aus Berlin, Hannover, Leipzig, Magdeburg usw. Ob diese allerdings gegen „Draufgänger" eine Chance haben werden, muß erst das Turnier selbst zeigen.

Auch die Beteiligung an den verschiedenartigen Springkonkurrenzen (Jagdspringen, Kl. A, Kl. L und Kl. M Gehorsamspringen, Gruppenspringen zu Zweien usw.) wird überaus zahlreich sein. Gerade hier darf man gespannt sein auf das Abschneiden des vorjährigen Siegers der beiden Jagdspringen, des Kommandeurs der Reitanstalt Infanterieschule Dresden, Oberstleutnant Merz, mit seinem Pferd „Eulenspiegel", hat doch gerade er gegen eine große Konkurrenz anzutreten. Und von den Offizieren der Kavalleriesschule Hannover, die im vorigen Jahre mehrere zweite Plätze in den Jagdspringen belegen konnten, kann man erwarten, daß sie ihr ganzes Können daransetzen werden, aus den Konkurrenzen als Sieger hervorzuheben.

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist es, daß die Fahrkonkurrenzen im Gegensatz zum Vorjahre

eine ausgezeichnete Besetzung

erfahren haben. Neben vielen anderen bekannten Turnierfahrern erscheinen das Fahrausbildungskommando Hannover und Freiherr von der Borsch-Friedeburg mit den besten Fahrpferden am Start. Und trotz Flugzeug, Auto und Kraftrad werden die Einspänner- und Zweispänner-Konkurrenzen, die Viererzüge und Tandems bei dem Publikum sicherlich die Freude am schönen Gespann erwecken. Hoffentlich ist auch der Wettergott gnädig und gibt dieser würdigen Veranstaltung einen würdigen Rahmen.

Zeiteinteilung für Sonnabend

Vormittags:

7.30—10.00: Vorprüfung zur Dressurprüfung Klasse L (Ausschreibung G);
9.15—10.15: Vorprüfung zur Eignungsprüfung für Damenreitpferde (Ausschreibung C);
10.00—11.00: Vorprüfung zur Dressurprüfung Klasse A (Ausschreibung F);
10.15—11.15: Vorprüfung zur Eignungsprüfung für Reitpferde (Ausschreibung B).

Nachmittags:

14.00—14.15: Hengste verschiedener Schläge und Jahrgänge unter dem Reiter und an der Hand;
14.15—14.25: Vier Tandem ... Kaltbluthengsten;
14.25—14.35: Vorführen eines ... von Kaltbluthengsten;
14.35—14.45: Vorführung von vier mit je vier Kaltbluthengsten bespannten Ackerwagen;
14.;45—15.00: Ankaufshengste des Jahrgangs 1926 unter dem Reiter;
15.00—15.10: Vorfahren eines Sechserzuges Oldenburger Hengste;
15.10—15.25: Ankaufshengste des Jahres 1927 an der Hand;
15.25—15.35: Hengste verschiedener Schläge und Jahrgänge im Traberwagen;
15.35—17.00: Jagdspringen Klasse L;
17.00—17.30: Hauptprüfung der Eignungsprüfung für Reitpferde;
17.30—17.45: Eignungsprüfung für Wagenpferde (Einspänner);
17.45—17.55: Quadrille der Schutzpolizei Halle;
17.55—18.15: Hauptprüfung der Dressurprüfung Klasse L;
18.15—19.00: Gruppenspringen zu Zweien.

Kirchliche Nachrichten

für den 13. Sonntag nach Trinitatis, den 2. September 1928.

Kürzungen: Abendmahl: (A). Bibelstunde (B). Kindergottesdienst (K).

Kollekte für den Ev.-Soz. Preßverband für die Provinz Sachsen und für den Deutsch-Evangel. Landpflege-Verband.

U. L. Frauen: Sonnabend 7.20 Uhr Wochenendandacht; Sonntag 8 Kawerau, 10 Fritze; Mittwoch 6½ Neblingsche Orgelfeierstunde, 8 (B) im Marthahause Fritze; Donnerstag 8 (B) im Reformrealgymnasium Hasse. — **St. Ulrich:** 8 Ruhmer, 10 Thiede. — **St. Ulrich-Ost:** Freiimfelderstraße 89: 10 Ruhmer — **St. Moritz:** 8 Voigt, 10 Keller; Dienstag 8 (B) Keller im Sitzungszimmer. — **Hospital:** ¾9 Keller. — **Dom:** (Reformierte Gemeinde) 10 Lang und (A), derselbe, 6 Wichmann; Dienstag 8 bibl. Besprechung Lang; Mittwoch 8 Wochenandacht im Gemeindehaus Wind. — **Laurentius:** Sonnabend 8½ Wochenendfeier, Gabriel; Sonntag 8 f. Stephanus, 10 Kawerau; Dienstag 8¼ (B). Breitestraße 29, Gabriel; Donnerstag 8¼ Männer, Weidenplan 17. — **Stephanus:** 8 Hagemeyer, 10 Hoppe. — **St. Georgen:** 8 Hellmann, 10 Vahldieck. (K) 11¾ in der Kirche, Witte, in der Kapelle, Hellmann;; Dienstag 3 Hannaverein, Hellmann; Mittwoch 8 Frauenhilfe; Donnerstag 8 Ausspracheabend Vahldieck. — **Riebeck-Stift:** 10 Witte. — **Prov.-Blindenanstalt:** 10 Hellmann. — **Diakonissenhaus:** 10 Schroeter; Mittwoch 8¼ (B) Schroeter. — **Paulus:** 8 Schenke, 10 Hasse, 8 Evangelisationsversammlung; Montag 4—6 Missionsnähverein; Dienstag 8 Gemeinschaftsstunde Bach; Donnerstag 8 Religiöse Besprechung, Schenke. — **St. Johannes:** 8 Gueinzius (A), 10 Noack, ½12 Mantey (K), 1 Gueinzius (K); Mittwoch 8 Gueinzius (B); Donnerstag 8 Noack (B). — **Lauchstädter Straße:** 10 Gueinzius, ½12 Noack (K); Freitag 8 Diakon Bednar (B). — **Stadtmission:** Kinderfest im Haus Runghold in Johannashall. Abfahrt 9.30 Uhr Hettstedter Bahnhof; Dienstag 7¾ Singstunde, anschl. (B) Juhl; Mittwoch 8¼ Allgem. Vereinsabend des Christl. Vereins für Frauen und junge Mädchen; Freitag 5 Frauen-(B) Juhl; Sonnabend 8¼ Familienstunde des Blauen Kreuzes. — **Alters- und Pflegeheim:** 10 Braune. — **St. Bartholomäus:** 8 Kunitz, 10 Hellwig; Freitag 8 bibl. Besprechung im Gemeindehaus, Hellwig. — **Petrus:** 10 Kunitz (A). — **Trotha:** 10 Jenrich, 11¼ (K). — **Diemitz:** 9½ Petzold.

Ammendorfer Kirche: 10 Predigtgottesdienst Konf.-Rat a. D. Gutschmidt; Dienstag abend Jugendverein.

Beesener Kirche: 10 Predigtgottesdienst, nachm. 2 (K) Hensel.

Canena: 9 Gottesdienst.

Naundorf bei Reideburg: 9 Erntedankfest.

*

Katholischer Gottesdienst.

Gemeinde St. Franziskus und Elisabeth, Mauerstraße 11. Sonntag ½7, 8, ½10 Uhr hl. Messen mit Predigt. ¾11 Uhr Hochamt mit Predigt. Abends ½8 Uhr Segensandacht.

*

Christliche Gemeinschaft in der Landeskirche, Margarethenstraße 5. Sonntag 20 Uhr Evangelisationsvortrag. Montag 20¼ Uhr Jugendbund für junge Männer. Mittwoch 20¼ Uhr Jugendbund für junge Mädchen. Donnerstag 20 Uhr Bibelstunde. Sonnabend 16 Uhr Kinderstunde.

Aula des Reform-Real-Gymnasiums, Friesenstraße 3/4. Sonntag, den 2. September, ½9 Uhr Morgenandacht. Mittwoch, den 5. September, abends 8 Uhr, Bibelstunde.

Christliche Gemeinde, Liebenauerstraße 4 (am Nannischen Platz). Sonntag 10 Uhr Bibelstunde, 11¼ Uhr Kinderstunde, 16½ Uhr biblische Ansprache, 19 Uhr Jugendstunden. Montag 20 Uhr Gebetsstunde. Donnerstag 20 Uhr Bibelstunde.

Friedenskirche der Gemeinde getaufter Christen (Baptisten), Ludwig-Wucherer-Straße 39. Sonntag, den 2. September, vorm. 9½ Uhr Abendmahls-Gottesdienst, Kelletat. 11—12 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 16 Uhr Gottesdienst, derselbe. Mittwoch, abends 20 Uhr Gebetstunde.

Ev.-luth. Gem. Magdalenenkapelle (Moritzburg). 9.45 Uhr Beichte, 10.15 Uhr Predigt und A., Pastor Brachmann.

Johannesgemeinschaft in der Landeskirche, Flottwellstraße 29. Sonntag 8 Uhr: Gemeinsames Abendmahl in der Johanneskirche. 15 Uhr Freundeskreis, Unterhaltung und Andacht; 16 Uhr: Für junge Mädchen Unterhaltung und Andacht; 20¼ Uhr: Evangelisation für jedermann. Montag 20 Uhr: Freundinnenkreis. Mittwoch 20¼ Uhr: Jugendbund für junge Männer. Donnerstag, 20¼ Uhr: Jugendbund für junge Mädchen. Freitag 20¼ Uhr: Mitgliederstunde der Gemeinschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192809011-19/fragment/page=0003

Landwirtschaft – Handel – Industrie

Bauen, bausparen, mieten

Die jetzige Not- und Uebergangszeit darf nicht Richtlinie für künftiges Handeln werden

Es ist ein geradezu rätselhafter Vorgang, daß wir nach dem gewaltigen Menschenverlust im Kriege eine Knappheit im Wohnraum bekommen haben. Gewiß wurde während des Krieges nicht gebaut und die wirtschaftliche Zerrüttung der folgenden Jahre hemmte jede Unternehmungslust. Auch brach unter den heimkehrenden Kriegern im Alter von etwa über 25 Jahren eine große Heiratslust aus und es strömten aus den abgetretenen Gebieten viele Tausende von Deutschen in das Reich, die Wohnung suchten. Andererseits aber zeigte sich der Ausfall an Toten nicht sofort durch Freimachen von Wohnungen. Die meisten Kriegerwitwen behielten ihre Wohnungen bei, während der Ausfall der Nachfrage durch den Tod jüngerer Krieger sich erst dann zeigte, als die Zeit kam, in der diese jungen Leute normalerweise geheiratet hätten. Der Ausfall an Geburten während des Krieges wird sich natürlich erst entsprechend später zeigen, etwa vom Jahre 1938 ab.

Nun ist Deutschland schon während des Krieges zur sogenannten

Wohnungszwangswirtschaft

geschritten, die vor allem eine erhebliche Preissteigerung verhindern sollte. Da aber nicht etwa nur die Mietpreise vorgeschrieben waren, sondern auch die Zuteilung der Wohnungen von der öffentlichen Hand geregelt wurde, so hat dies eine höchst merkwürdige Gegenbewegung der Mieter ausgelöst:

Man zögerte, eine Wohnung aufzugeben,

die für den Bedarf (z. B. durch Todesfall) zu groß geworden war. Das sonst selbstverständliche Zusammenrücken unterblieb, und zwar ganz besonders während der Inflationszeit, als die staatliche Preisregulierung so stark nachhinkte, daß die meisten Mieten auf Pfennige im Monat zusammenschrumpften. „Nach der Reichswohnungszählung," sagt ein uns vorliegender Bericht, „befanden sich im Jahre 1925 in den 46 deutschen Großstädten 4,9 Millionen Haushaltungen, von denen allerdings nur 4,5 Millionen Inhaber einer eigenen Wohnung waren, so daß 400 000 Haushaltungen ohne selbständige Wohnungen waren. In der Nachkriegszeit ist aber offenbar

ein Sinken der Wohndichte eingetreten.

Im Jahre 1910 kamen auf 100 Wohnungen 407 Personen, heute dagegen durchschnittlich nur 373. Unter Zugrundelegung der Wohndichte des Jahres 1910 könnten in dem in den deutschen Großstädten vorhandenen Wohnraumbestand jetzt 18,4 Millionen Personen anstatt 16,8 Millionen Personen untergebracht werden, also 1,6 Millionen mehr."

Es besteht also gar kein Zweifel, daß die Zwangswirtschaft allein schon in dieser Richtung höchst ungünstig gewirkt hat, ganz abgesehen von der Lähmung des Bauens durch das künstliche Niederdrücken der Mietpreise, wodurch das Vermieten und damit das Bauen von Mietshäusern unrentabel wurde.

Nun ist leider der Kampf gegen diese schädlichen Wirkungen der Wohnungszwangswirtschaft fast ausschließlich durch die Hausbesitzer und ihre Verbände geführt worden. Dadurch aber entstand in der Oeffentlichkeit der Eindruck, daß dies nur im eigenen „Interesse" geschähe und es erhoben sich zur Verteidigung des Systems auch alle diejenigen — da sie Mieter waren —, die auf anderen Gebieten solchen staatlichen Eingriffen völlig ablehnend gegenüberstanden. Man wollte das Argument nicht gelten lassen, daß der Hauseigentümer auch verdienen wolle, weil ja andere Kapitalbesitzer in der Inflation völlig um ihr Eigentum gekommen waren.

Neuerdings hat nun die Vertretung der Hausbesitzer wieder einen großen taktischen Fehler begangen, indem sie — wer wollte ihr das in ihrem verzweifelten Suchen nach Argumenten verübeln? — den völligen Abbau der Zwangswirtschaft mit der grundsätzlichen Forderung nach Erhaltung des Privateigentums unterstützte. Wir haben diese Auffassung erst kürzlich in einem Aufsatz an dieser Stelle „Die Hausbesitzer auf falschen Wegen" kritisiert, leider aber bei vielen Hausbesitzern kein Verständnis dafür erweckt. Diese vermuteten nur wieder eine Hemmung ihres Kampfes, während doch in Wirklichkeit ihre unrichtige Taktik sich nur gegen sie richtet. Die meisten Menschen sind doch nun einmal so: Wenn sie vor der Gefahr stehen, daß sie für irgend einen Bedarf — hier ist es zufällig gerade die Miete — wesentlich mehr bezahlen sollen, dann stellen sie sich wie das gehetzte Wild zum Kampf und pfeifen auf alle ethischen und volkswirtschaftlichen Erwägungen. Welchen Eindruck sollte also auf die Masse der ängstlichen Mieter der Vorhalt machen, sie würden durch ihr Verhalten „das Prinzip des Privateigentums gefährden?" Ist doch nicht einmal für die oben erwähnte ungünstige Wirkung der Zwangswirtschaft (Verhinderung des Zusammenrückens) ein Verständnis zu erwarten. Man stelle sich doch auch die Lage der Mieter, z. B. des Mittelstandes vor: Ersparnisse verloren, die realen Einkünfte geringer, vielleicht gar der Ernährer im Felde geblieben; nur die Wohnung ist noch billig und der einzige Luxus als Abglanz einer besseren Zeit. Und diese Leute sollen nun aus Gründen des allgemeinen Volkswohles und für Förderung des Bauens der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zustimmen? Nicht durch Gehässigkeiten, nicht durch Angriffe, nicht durch taktische Manöver, sondern nur durch

unablässige Aufklärung

über die Zusammenhänge läßt sich allmählich eine Stimmung gegen die Fortdauer der Zwangswirtschaft auslösen.

Denn ihr Schaden liegt nicht allein darin, daß das Errichten von Neubauten gehindert wird. Wir glauben sogar, daß die größte Gefahr gerade von der anderen Seite kommt: daß

zu viel gebaut wird,

insbesondere, daß Bauten errichtet werden auf eine Nachfrage hin, die später wieder aufhören muß. Seit Jahren kann man beobachten, daß Familien Eigenheime erwerben, oder sich mit Kapital an Neubauten beteiligen einfach nur deshalb,

weil sie auf andere Weise keine Wohnung bekommen

oder eine zu klein gewordene — absolut oder durch Erhöhung ihrer Einnahmen — nicht durch eine größere und schönere ersetzen können.

Dies hat zur Gründung zahlreicher Unternehmungen geführt, die im Grunde eigentlich einen Häuserkauf auf Abzahlung darstellen. Am stärksten ausgeprägt ist dieses System bei den sogenannten

Bausparkassen.

Sie sammeln zunächst kleine Kapitalien und Ersparnisse, verschaffen sich daraufhin weiteren Kredit und bauen dann ein Haus, das sie dem Sparer zur Verfügung stellen mit dem Vorbehalt, daß die Restsumme in kleinen Spar-Raten abgezahlt wird. Die große Gefahr liegt nun darin, daß die Dauer, bis der Sparer Eigentümer der Wohnung wird, unmäßig lange ist. Wenn also heute jemand nur deshalb, um sich schnell eine Wohnung zu verschaffen, zu diesem System greift, so gerät er in eine Abhängigkeit, die sich für ihn umso unangenehmer bemerkbar machen wird, wenn die Zeit des freien Wohnungs- und Baumarktes wiederkehrt, während die ursprünglichen Gründe für das Verfahren, schnell eine Wohnung zu bekommen, längst nicht mehr vorhanden sind.

So hat in unserer Morgenausgabe vom 14. Juli 1928 der Magistrat Halle (Wohnungsdeputation, Abteilung Neubau) vor dem System der „Deutschen Bau- und Siedelungsgemeinschaft", Darmstadt, gewarnt, da hier Wartezeiten bis zu 80 Jahren vorkämen. Wir hatten diese Warnung unter dem Titel „Gefahren des Bausparens" veröffentlicht. Nun ersucht uns diese Gemeinschaft um Aufnahme folgender Berichtigung:

„Die in Nr. 165 der „Hallescheen Zeitung" vom 14. Juli über die „Deutsche Bau- und Siedelungsgemeinschaft" gemachten Angaben entsprechen nicht den Tatsachen. Vollständig falsch und irreführend ist, daß die Längstwartezeiten bei der „D. B. S." 80 Jahre betragen soll. Richtig ist dagegen, daß die ungünstigste Wartezeit ohne Berücksichtigung des Mitgliederzuganges bei einer Darlehnssumme von 30 000 R.-M. im Tarif B 8 Jahre und bei 10 000 R.-M. 35 Jahre beträgt. Die ungünstigsten Wartezeiten für jede Gruppe ohne Berücksichtigung des Mitgliederzuganges und aller sonstigen Einnahmequellen sind zu ersehen in der Schrift „Das Bauen und Siedeln mit zinsfreiem Geld" auf Seite 30 und 31."

Da nun diese Angabe, die der Warnung des Magistrates zugrunde liegt, aus einem Aufsatz des Regierungsbaumeisters Weiß-Stuttgart im „Deutschen Wohnungsarchiv" stammt, so haben wir den Magistrat gebeten, sich mit diesem Autor in Verbindung zu setzen. Regierungsbaurat Weiß hat nun folgende Erläuterung gesandt: „Mein Aufsatz über Grundfragen kollektiver Bausparkassen" im „Deutschen Wohnungsarchiv" 1928, Heft 6, auf den sich die in der Abhandlung gebrachte Angabe stützte, wurde Ende April geschrieben. Das finanztechnische System der „D. B. S.", soweit es damals öffentlich bekannt war, hatte im niedrigsten Tarif tatsächlich Höchstwartezeiten von 80 Jahren im Gefolge. Das ist sehr einfach rechnerisch nachzuweisen. Wenn die Bausparkasse wirklich zinslos war und kein Bausparer insgesamt mehr an Ein- und Abzahlungen leistete als die Vertragssumme, dann konnte das letzte Baugeld erst aufgebracht sein, wenn alle Bausparer die volle Bausumme im Wege der eigenen sehr niederen Zahlungen aufgebracht hatten. Damit ergab sich die Wartezeit einfach als Quotient aus Vertragssumme und jährlicher Einzahlung. Die Behauptungen des Aufsatzes über die Längstwartezeiten der „D. B. S." waren zur Zeit seiner Niederschrift durchaus richtig. Die „D. B. S." scheint inzwischen erkannt zu haben, daß ihr bisheriges System unbrauchbar war. Sie gab sich neue Satzungen, die mit Wirkung vom 1. April 1928 an in Kraft traten. Die Veröffentlichung erfolgte in einer Druckschrift: „Das Bauen und Siedeln mit zinsfreiem Geld", deren Vorwort das Datum: „im Mai 1928" trägt. Die darin enthaltene völlige Umstellung des Geschäftsplanes der „D. B. S." konnte naturgemäß in dem obengenannten Aufsatz noch keine Berücksichtigung finden. Die Verbreitung erfolgte vielleicht auch zu langsam, jedenfalls erhielt der Verfasser erst im Juli 1928 Kenntnis durch Ueberlassung eines Abdruckes durch den Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften. Der neue Geschäftsplan gibt Wartezeiten von 8 bis 35½ Jahren an. Ob diese Angaben Glauben verdienen, wäre nach rechnerisch nachzuprüfen. Die von der „D. B. S." angegebenen, gegenüber dem früheren Geschäftsplan verkürzten Wartezeiten sind nur dadurch erreicht worden, daß die Mitglieder erheblich höhere und längere Abzahlungen leisten müssen. Die Leistungen der Mitglieder sind derart, daß man die „D. B. S." nur als „scheinbar zinslos" bezeichnen kann. In Wirklichkeit ist das Geld von ihr im Durchschnittsfalle nur zu Bedingungen zu erhalten, die in der Gesamtbeanspruchung eines Bausparers nicht anders wirken als die Geldbeschaffung durch ein Bauparunternehmen, das Zinsen berechnet. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß die „D. B. S." mit dem neuen Geschäftsplan Leistungen erreichen kann, die denjenigen anderer Bausparkassen nahekommen, vorausgesetzt, daß die früheren Unstimmigkeiten in der Geschäftsführung, die die Oeffentlichkeit und die Bausparer erregt haben, endgültig unmöglich gemacht sind. Die ganze Aufmachung von Propaganda müßte sich aber künftig von Unklarheiten fernhalten wie sie in der Druckschrift „Das Bauen und Siedeln mit zinsfreiem Geld" noch enthalten sind."

Nun sind wir freilich der Ansicht, daß auch die von der Siedelungsgemeinschaft zugegebene Höchstwartezeit von 35½ Jahren eine unmäßige Ausdehnung hat. Aber nicht etwa nur deshalb, weil der ersehnte Augenblick, in dem das Haus Eigentum des Sparers (oder seiner Erben) wird, zu entfernt ist, sondern vor allem, weil voraussichtlich schon

in gar nicht so langer Zeit die ganzen wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein Bausparen von dieser zeitlichen Länge hinfällig sein werden.

Denn es werden, vielleicht schon in 8 bis 10 Jahren, nicht nur Mietwohnungen in ausreichender Zahl und billig zur Verfügung stehen, sondern wir halten es für wahrscheinlich, daß dann schon ein

Ueberangebot an Wohnungen

vorhanden sein wird, und zwar vor allem in diesen Siedelungskolonien, wie sie jetzt allüberall gebaut werden. Denn es ist fraglich, ob wir in 10 oder gar 20 Jahren noch gern

in diese mit dem denkbar geringsten Aufwand und ohne jeden Luxus errichteten Wohnungen

ziehen möchten. Dabei ist auch das rasche Fortschreiten der Heimtechnik zu berücksichtigen, zu der auch die Versorgung mit Ferngas und mit neuzeitlichen Heiz- und Wärmeanlagen gehört. Wir hoffen denn doch, daß in 20 Jahren die große Mehrzahl der Wohnungen mit Bad und Kühlschränken, automatischen Kocheinrichtungen und all dem eingerichtet sein wird, was uns in nächster Zeit die Technik noch schenken wird. Dann aber werden die jetzt errichteten Häuser veraltet und demgemäß stark entwertet sein! Wenn also der Bauparer endlich in das sauer erworbene Eigentum des Hauses kommt, wird er finden, daß es wenig ist. Wir werden einen Zustand bekommen, den man mit

Gebäude-Inflation

bezeichnen könnte. Die braven Sparer werden also zum zweiten Male um ihr Hab und Gut kommen.

So sehr wir also alle Mittel und Wege ergreifen müssen, um das Bauen und besonders das Eigenbauen zu fördern, so müssen wir doch unter allen Umständen vermeiden, daß die jetzige Not- und Uebergangszeit zur Richtlinie für unser Handeln auf Jahrzehnte hinaus wird.

Dr. Fr.

Die Elektrizitätsversorgung der Provinz Sachsen

Nach dem jetzt vom Statistischen Reichsamt bekanntgegebenen Ergebnis der Zwischenerhebung in der deutschen Elektrizitätswirtschaft für das Jahr 1926 betrug in diesem Jahr in der Provinz Sachsen bei einer Kapazität der Anlagen von rund einer Million Kilowatt die Stromerzeugung insgesamt 2 846 747 000 Kilowatt um rund 63 Millionen oder 2,3 Prozent mehr als im Jahre 1925. Auf gewerbliche Elektrizitätswerke entfielen von der Erzeugung 42,0 (Anteil an der Leistungsfähigkeit der Stromerzeuger 43,6), auf Eigenanlagen 58 Prozent (56,4 Prozent). An der Kapazität aller deutschen Werke betrug der Anteil 10,6 und an der Gesamterzeugung 1926 13,4 Prozent. Mit welchen Betriebsstoffen bzw. aus welchen Kraftquellen die Elektrizität gewonnen wurde, erhellt sich aus der folgenden Aufstellung:

Aus	Stromerzeugung in 1000 kWh					
	i. all. Anl.	%	i. gew. Anl.	%	i. Eigenanl.	%
Rohbraunkohle	1 781 493	62,5	1 075 888	89,7	705 605	42,8
Mischung fester Brennstoffe	840 126	29,5	35 262	2,9	804 864	48,8
Braunkohlen-Brik.	96 294	3,4	57 455	4,8	38 839	2,4
Gas	72 097	2,5	153	—	71 944	4,4
Steinkohle	26 376	0,9	17 146	1,4	9 230	0,6
Wasserkraft	21 229	0,7	6 228	0,5	15 001	0,9
Oel	8 797	0,3	5 250	0,4	3 547	0,2
and. Kraftquellen	335	—	—	—	335	—

Feste Brennstoffe sind mit 96,3 Prozent der Gesamterzeugung die fast ausschließliche Grundlage der Elektrizitätserzeugung in der Provinz, und unter ihnen wieder die Braunkohle mit etwa zwei Drittel (65,9 Prozent) der Gesamterzeugung. Trennt man die gemeinwirtschaftlichen von den privaten Werken, so findet sich allerdings, daß in den gewerblichen Betrieben die Braunkohle mit 94,5 Prozent fast absolut herrscht, in den Eigenanlagen aber nur mit 45,2 Prozent herangezogen ist. Hier ist auch weitgehend Mischung mit Steinkohle gebräuchlich. Eine nicht ganz unbeachtliche Rolle neben den festen Brennstoffen spielt nur noch das Gas mit 2,5 Prozent, das naturgemäß für Eigenanlagen, hier mit 4,4 Prozent beteiligt, besondere Vorteile hat. Die Leistungssteigerungen der nach Kraftquellen geschiedenen Betriebe von 1925 auf 1926 waren die folgenden: feste Brennstoffe 0,9 Prozent, Wasser 71 Prozent, Gas 66 Prozent und Oel 13 Prozent.

Messe-Bericht. Der Berichterstatter der Telegraphen-Union faßt seinen Bericht mit folgendem treffenden Satz zusammen: „Man hatte nicht allzugroße Hoffnungen auf die Messe gesetzt und deshalb sind auch keine besonderen Enttäuschungen zu verzeichnen." Man vergleiche damit unser Stimmungsbild vom 1. Messetag, das wir am Montag unter dem Titel „Die tote Messe" veröffentlichten. Unsere Auffassung, daß die Flauheit der Messe nicht auf einen plötzlichen Konjunkturabstieg schließen läßt, sondern daß andere Gründe vorliegen, hat sich bestätigt.

Ausbeuten im Michel-Konzern. Der Michel-Konzern ist andauernd gut beschäftigt, so daß im Oktober bei den Michel-Gewerkschaften wieder dieselben Ausbeuten wie im vorigen Vierteljahr zu erwarten sind: für Gewerkschaft Michel und Gewerkschaft Leonhard je 100 Rm., Gewerkschaft Vesta 75 Rm., Gute Hoffnung 50 Rm.

Zusammenschluß in der Dachziegelindustrie. Die Verkaufsgesellschaft Schlesischer und Lausitzer Dachziegelwerke G. m. b. H. in Görlitz, die vor etwa 5 Jahren mit dem Sitz in Sorau (N.-L.) gegründet und nach erheblicher Erweiterung und Umbildung vor etwa 2 Jahren nach Görlitz verlegt wurde, hat eine weitere, nicht unwesentliche Vergrößerung erfahren, indem ihr am 1. Juli d. J. die Firma Dampfziegelwerke Einigkeit G. m. b. H. in Bröthen bei Hoyerswerda beigetreten ist. Die genannte Verkaufsgesellschaft, der 22 der bekanntesten und bedeutendsten Dachziegelwerke Schlesiens und der Lausitz angehören, verfügt jetzt über eine Gesamt-Fabrikationsmenge von etwa 160 Millionen der als „Schlesische und Lausitzer Dachziegel" bekannten Tondachziegel aller Art und Farbe. Sie ist die größte Bezugsquelle für Dachziegel in Deutschland.

Starker Rückgang der englischen Ausfuhr nach Rußland. Die von den russischen Handelsorganisationen in der Zeit vom April bis Juni 1928, also im dritten Quartal des laufenden Wirtschaftsjahres der Sowjetunion, in Großbritannien vergebenen Bestellungen beliefen sich, wie aus London berichtet wird, auf nur 1,48 Mill. Pfund Sterl. und weisen gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres eine Abnahme um 1,32 Mill. Pfund auf. Noch deutlicher wird der Niedergang der englischen Ausfuhr nach Rußland seit dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen sichtbar, wenn man den Umfang der russischen Bestellungen in Großbritannien in den ersten 9 Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres mit den entsprechenden Vorjahreszahlen vergleicht. In der Zeit vom Oktober 1926 bis Juni 1927 hat Rußland Bestellungen im Werte von 13,15 Mill. Pfund an englische Firmen vergeben, in den gleichen Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres dagegen nur für 4,22 Mill. Pfund. Rußlands Warenbestellungen in England haben sich somit um 68 Prozent verringert.

Schiffsverkehr auf der Saale. Mitgeteilt von der Rhederei der Saale-Schiffer, Akt.-Ges., Halle a. S. Angekommen am 30. August 1928 Kahn Nr. 8930, Sr. Ackermann/Bohmeyer, von Hamburg; Kahn Nr. 562, Sr. Hoffmann, von Hamburg; Eldampfer „Weißenfels" mit Stückgut von Hamburg.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 31. August. An der Abendbörse war das Geschäft wiederum sehr still. Die Stimmung blieb jedoch freundlich, wobei man auf die heute recht festen Newyorker Anfangskurse verwies. Banken lagen wesentlich ruhiger und konnten die Berliner Schlußkurse meist nur knapp behaupten. Dagegen werden Schiffahrtswerte weiterhin gefragt und lagen etwas fester. Auch für Otavi bemerkte man einiges Interesse. R. S. U. konnten sich um 1¼ Prozent erholen und von Elektrowerten gewannen Chade 2 RM. Farben blieben weiter vernachlässigt, auch sonst waren kaum Kursveränderungen gegen den Berliner Schluß zu hören. Deutsche Neubesitzanleihe zog auf lebhaftere Nachfrage der Spekulation etwas an. Von Auslandsrenten konnten Anatolier ihren Kurs nicht ganz behaupten.

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192809011-19/fragment/page=0004